

Information

Die vollkommene Indifferenz und Parteilichkeit der Weltmächte, die sich um nichts anderes kümmern als um ihre eigenen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, haben fast tausend Studenten der Päpstlichen Universitäten in Rom in einer Protesterklärung gegen die Massenaburteilungen in Guinea verurteilt. In der Erklärung, die den Prozeß von Conakry einen Affront gegen die Gerechtigkeit, die Freiheit und die Würde des Menschen nennt, werden wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Durchsetzung der Bestimmungen der Menschenrechte verlangt. Die Menschen jeder Nation, die sich ihrer weltweiten Verantwortung bewußt sind, sollten auf ihre Regierungen Druck ausüben, damit diese das Prinzip der Intervention einer internationalen Instanz in ihrem Land akzeptieren und fördern. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß sich der Papst mit allem Nachdruck zu den Exekutionen in Guinea geäußert hat. Darüber hinaus hoffe man allerdings, daß auch ebenso klare und kategorische Appelle über die Torturen in Brasilien, den immer mörderischeren Krieg in Vietnam und Kambodscha, die Existenz der portugiesischen Kolonien, die Apartheidpolitik in Südafrika, die stillschweigende Gewalt in Haiti, den Antisemitismus in der Sowjetunion usw. ausgesprochen würden.

Nur der Besitz eines Glaubens, der für wahr und unabdingbar gehalten werde, mache die Katholiken zu einem fruchtbaren Dialog mit den getrennten Brüdern fähig, erklärte Papst Paul VI. anlässlich der Weltgebetswoche für die Einheit der Christen. Nur der Eifer für den eigenen Glauben sei die Quelle für tausend Möglichkeiten des Dialogs. Die Katholiken könnten von den anderen lernen, verschiedene Aspekte ihres Glaubens besser zu verstehen und zu leben. Die alte, verschlossene und mißtrauische Einstellung gegenüber den getrennten Brüdern, denen liebevolles Verständnis entgegengebracht werden müsse, könne geändert werden. Die Katholiken könnten von den getrennten Kirchen

lernen, wie sie ihre religiöse und menschliche Kultur und Erziehung zu gerechter Toleranz und wahrer Freiheit verbessern können.

Vorbereitende Gespräche für die Aufnahme eines gemeinsamen Dialogs über die Theologie der Ehe und insbesondere über Probleme konfessionsverschiedener Ehen wurden im Dezember 1970 von offiziellen Vertretern des Lutherischen Weltbundes, des Reformierten Weltbundes und des Vatikans in Rom geführt. Lutheraner und Reformierte wollen mit der katholischen Kirche vor allem das katholische Verständnis der Ehe als Sakrament sowie ihre Unauflöslichkeit und Fragen des allgemeinen Eheverständnisses erörtern. Es ist vorgesehen, den Dialog vor Ende 1971 aufzunehmen und ihn bis 1973 abzuschließen.

Zum Abschluß der Kontaktgespräche zwischen einer islamischen Delegation und dem römischen Sekretariat für die Nichtchristen Ende 1970 wurde ein gemeinsames Communiqué veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß Vertreter des Nichtchristensekretariates und des obersten Rates für islamische Angelegenheiten in Kairo regelmäßige Konsultationen über Fragen sozialer, kultureller und geistlicher Art der Beziehungen zwischen Moslems und Christen abhalten wollen. Außerdem wollen beide Seiten einen Vertreter ernennen, der die Kontakte zwischen beiden Organismen pflegt. Beide Organe haben sich verpflichtet, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die guten Beziehungen zwischen Moslems und Christen weiter zu vertiefen und dadurch zur Stärkung jener Brüderlichkeit beizutragen, die zwischen denjenigen besteht, die alle religiösen Werte anerkennen und den Glauben an denselben Gott teilen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen beabsichtigt, dem Dialog mit Menschen anderer Glaubens künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Schon vor dem im Jänner in Addis Abeba tagenden Zentralausschuß des Ökumenischen Rates war die Notwendigkeit des Dialogs mit anderen Religionen mehrfach von führenden Persönlichkeiten der Ökumene unterstrichen worden. Darüber hinaus war der Frage des Gespräches mit den nichtchristlichen Religionen ein Hauptvortrag des

Inders Stanley Samartha gewidmet. Samartha vertrat die Ansicht, daß die theologischen Imperative des christlichen Glaubens selbst ein fortgesetztes Interesse am Dialog mit Menschen anderen Glaubens notwendig machen. Wenn in einer multireligiösen Gesellschaft religiöse Grenzen durch die Tradition geheiligt und verfestigt würden, dann würden die Religionen selbst zu Trennungsmauern und nicht zu Brücken der Verständigung zwischen den Menschen. Die Suche nach Gemeinschaft übersteige diese Grenzen, und Menschen verschiedenen Glaubens bemühten sich um die Schaffung neuer Gemeinschaften mit größerer Freiheit und Liebe.

Die interorthodoxe Kommission für den Dialog mit den Altkatholiken weist in einem im Jänner 1971 veröffentlichten Bericht darauf hin, daß in fast allen Punkten der kirchlichen Lehre, bei denen früher noch Unterschiede festzustellen waren, Übereinstimmung bestehe. Lediglich in der Lehre von der Kirche und der Eucharistie sei noch eine weitere Klärung nötig. Die unter dem Vorsitz des griechisch-orthodoxen Metropoliten von Deutschland, Iakovos, in Chambesy (bei Genf) tagende Kommission betonte vor allem die völlige Übereinstimmung der orthodoxen und altkatholischen Einstellung hinsichtlich der katholischen Dogmen von der Unfehlbarkeit und dem Primat, von der Unbefleckten Empfängnis und der Aufnahme Mariens in den Himmel, von den Verdiensten der Heiligen, vom Ablass und vom Fegefeuer. Übereinstimmung bestehe auch in der Stellungnahme zum Zölibat der katholischen Kirche sowie in der Einschätzung der Konzile und Rechtsvorschriften der katholischen Kirche seit der Kirchenspaltung des Jahres 1054. Die zwischen Altkatholiken und Orthodoxen bestehenden Unterschiede hinsichtlich der Sakramentenpraxis und Liturgie stellen nach Ansicht der orthodoxen Kommission kein wesentliches Hindernis für die Union der beiden Kirchen dar.

Die Frage des Beitritts der katholischen Kirche zum Weltrat der Kirchen in Genf werde mit aller Ruhe und dem notwendigen Ernst vom Sekretariat für die Einheit der Christen fortgesetzt studiert, erklärte der Sekretär des

Einheitssekretariates, Jerome Hamer, in einem Artikel des *Osservatore Romano*. Wenn es auch dem Weltrat zukomme, mit den Stimmen seiner Mitglieder eine solche Kandidatur anzunehmen, sei es Sache der katholischen Kirche, die Opportunität eines solchen Gesuches an den Weltrat zu beurteilen.

Die Kongregation für die Glaubenslehre, das ehemalige Hl. Offizium, kann zwar auch fortan gegen irrumsverdächtige katholische Autoren ohne deren Wissen ein Untersuchungsverfahren einleiten, aber keine Verurteilungen mehr aussprechen. Dies geht aus der von Kardinal Seper veröffentlichten neuen „Methode bei der Prüfung der Lehren“ hervor. Der nachdrückliche Wunsch nach einer Änderung der Verfahrensweise des Hl. Offiziums, wonach niemand mehr angeklagt und verurteilt werden dürfe, ohne daß er und sein Ortsbischof vorher gehört wurden, ohne daß er die Gründe kennt, die gegen ihn vorgebracht werden, und ohne daß ihm die Gelegenheit gegeben worden ist, das Geschriebene oder Gesagte zu korrigieren, war auf dem II. Vatikanum erhoben worden.

Zum ersten Mal haben die führenden Persönlichkeiten der evangelischen und der katholischen Kirche in der BRD, die Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof Dietzfelbinger, und der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Döpfner, in einer umfassenden Äußerung zu öffentlichen Fragen der Bundesrepublik, nämlich zur Reform des Ehescheidungsrechtes und des Sittenstrafrechtes, gemeinsam Stellung genommen. Am 28. Dezember 1970 wurde in Bonn ein Memorandum zum Thema „Das Gesetz des Staates und die sittliche Ordnung“ veröffentlicht, das erneut die Tragweite der Entscheidungen deutlich machen soll, die Bundestag und Regierung im Zuge des geplanten Reformwerkes zu fällen haben. An die Politiker wird appelliert, „ihre Verantwortung für die sittliche Ordnung immer neu zu bedenken und nicht um moderner Zeitströmungen willen voreilig preiszugeben“.

Gegen die Tabuisierung des Todes, die überall festzustellen sei, wandte sich der evangelische Landesbischof Hermann Dietzfelbinger in

einer Ansprache vor bayerischen Pfarrern. Die Menschen stünden gegenwärtig in der Versuchung, den Tod an den entscheidenden Stellen auszuklammern. Dadurch werde das Leben nicht menschlicher, sondern unmenschlicher. In der Scheinwirklichkeit der Welt, die das Sterben zur Seite schiebe, sei es die einzigartige Aufgabe des evangelischen Predigers, Christus als den Heiland zu vertreten, der dem Tode die Macht genommen habe.

Der Landesbischof setzte sich ferner für die Aus- und Weiterbildung der evangelischen Pfarrer in der Psychotherapie ein; vor allem sei in der Gruppenpsychologie und Sozialpädagogik manches nachzuholen. Deshalb brauchten die Pfarrer jedoch nicht Psychotherapeuten zu werden. Die Ersatzbeichten und Ersatzabsolutionen der verschiedensten Ideologien und säkularisierten Systeme seien eine harte Anklage gegen die Christenheit.

Für eine verstärkte Übertragung von Verantwortung an die Jugend hat sich der Generaloberer der Gesellschaft Jesu, Pedro Arrupe, in einem Interview mit der in Wien erscheinenden Zeitschrift „miteinander“ ausgesprochen. Er setze in die heutige Jugend sein Vertrauen, weil er in ihr außerordentliche Werte sehe. Er schätze an der heutigen Jugend vor allem die Aufrichtigkeit, die Dynamik und den Idealismus, die Hinordnung auf aktuelle Probleme und das Interesse für die anderen mit dem Bemühen um Gemeinschaft. Freilich habe die heutige Jugend auch Schwächen, wie die Neigung mancher zur absoluten Ablehnung der gegebenen Verhältnisse und zur Destruktion, statt ruhig zu überlegen, wie man zu einer positiven Erneuerung der konkreten Situation kommen könnte.

Die polnische Regierung will die kirchlichen Gebäude in dem früher deutschen Staatsgebiet, die der polnische Staat 1945 beschlagnahmt hatte, wieder in das Eigentum der Kirche übertragen. Ministerpräsident Jaroszewicz hat den zuständigen staatlichen Organen die Vorbereitung entsprechender Schritte empfohlen. Eine derartige Maßnahme, die von der Kirche in Polen seit 25 Jahren vergeblich gefordert wurde, würde seitens der Kirche als wesentlicher Beitrag für die von

Jaroszewicz angekündigte volle Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen betrachtet. Die Kirche konnte die betreffenden Gebäude in den Oder-Neisse-Gebieten zwar schon jetzt benutzen, doch verlangte der Staat dafür eine sehr hohe Miete. Die Kirche sah sich weitgehend außerstande, diese Miete zu bezahlen, und stand somit im Laufe der Jahre beim Staat in einer immer höheren finanziellen Schuld. Dies gab den Behörden ein zusätzliches Druckmittel gegenüber der Kirche in die Hand.

Die dem Polnischen Ökumenischen Rat angeschlossenen Kirchen haben in einer in Warschau veröffentlichten Erklärung die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland begrüßt. Er bietet nach ihrer Auffassung die Basis für eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen. In der Erklärung wird unterstrichen, daß der Vertrag die endgültige Anerkennung der Westgrenze Polens durch die Bundesregierung enthalte, was die praktische Voraussetzung für die Normalisierung und Verständigung zwischen beiden Staaten sei.

Die Entlassung von zwei Volksschullehrern wegen ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Geistlichen der Gemeinde hat die kommunistische jugoslawische Zeitung „Vjesnik“ kritisiert. Der Zagreber Professor Dragutin Juric bezeichnete die Entlassung als militante und unrichtige Methode zur Überwindung der Religion. Überdies hätten die für diese Tat verantwortlichen Parteifunktionäre vergessen, daß auch die Katholiken aufrichtige Staatsbürger seien, die am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten wollten. Dieser Vorgang sei in einer Zeit um so peinlicher, in der man die Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu normalisieren versuche.

Er habe die begründete Hoffnung, daß die Zwietracht, die in der holländischen Kirchenprovinz nach der Ernennung des neuen Bischofs von Rotterdam, Simonis, entstanden war, von der Einheit besiegt worden sei, erklärte der Primas der Niederlande, Kardinal Bernard Jan Alfrink, in einem Interview. Seine unmittelbaren Kontakte mit dem Vati-

kan seien sehr nützlich und notwendig gewesen, um die Kommunikationsstörung in der Kirche zu beseitigen. Die Anklage der Manipulation in der Prozedur der Konsultation bei der Ernennung des Bischofs sei völlig falsch und unbegründet. — Wie die holländische katholische Presseagentur berichtet, wurde in dem Konflikt nach drei Wochen intensiver Gespräche eine positive Lösung gefunden. Die beiden Generalvikare bekannten sich zur Fortsetzung der bisherigen Politik der Diözese, die auch in Zukunft in die Politik der holländischen Bischofskonferenz eingebettet sein sollte. Bischof Simonis stimmte diesem Wunsch zu und ersuchte die beiden verdienstvollen Generalvikare, auch unter seiner Leitung ihr Amt beizubehalten.

Zu den Folterungen politischer Gefangener nahm der Oberhirte von Sao Paulo, Erzbischof Evaristo Paulo Arns, in einem Hirtenbrief Stellung, der in allen Kirchen der Erzdiözese Sao Paulo angeschlagen und verlesen wurde. Der Erzbischof stellt fest, er habe sich selbst davon überzeugen können, daß der Pfarrer Giulio Vicini und die katholische Sozialassistentin Yara Spadini, zwei italienische Staatsbürger, die wegen umstürzlerischer Tätigkeit verhaftet worden waren, in schändlicher Weise im Gebäude der politischen Polizei gefoltert worden seien. Auch ein ebenfalls verhafteter brasilianischer Kaplan sei von der politischen Polizei in Sao Paulo schwer gefoltert worden. Der Erzbischof fordert in diesem Hirtenbrief die Behörden auf, sofort entsprechende Maßnahmen gegen diese Übergriffe zu ergreifen. Der Gouverneur des Bundesstaates Sao Paulo habe zwar eine Untersuchung der betreffenden Fälle durch von der Kirche nominierte Ärzte gestattet, es jedoch vorerst nicht ermöglicht, daß diese Ärzte die Häftlinge in ihren Zellen aufsuchen.

Wenn Südafrika nicht seine Innenpolitik revidiere, werde das gesamte Land von einer Flut von Gewalt heimgesucht werden, erklärte der Primas der anglikanischen Kirchengemeinschaft, Erzbischof Michael Ramsey von Canterbury, im Anschluß an eine 20tägige Reise durch die Südafrikanische Republik. Ramsey sprach sich mit allem Nachdruck gegen die Rassenpolitik des südafrikanischen Regimes

aus. Die Afrikaner seien nicht wirklich frei, sie hätten keine Meinungsfreiheit und müßten ständig eine Verhaftung oder zumindest ein Verhör befürchten. Die Polizei unterhalte zahlreiche Spitzel und lasse armen Afrikanern hohe Zuwendungen zukommen, wenn sie ihre Freunde und Familienangehörigen verrieten.

Die rechtliche Gleichstellung der Pfarrerinnen und Pfarrer hat die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau beschlossen. Das neue Gesetz ist die Weiterführung eines Beschlusses der Synode vom Dezember 1968, in dem damals die „Zölibatsklausel“ beseitigt wurde, nach der die Pfarrerin nach der Eheschließung das Dienstverhältnis beenden mußte. Nach dem neuen Beschluß werden künftig unter dem Begriff „Pfarrer“ im Sinne des Gesetzes Männer und Frauen verstanden, obgleich die Berufsbezeichnung „Pfarrerin“ beibehalten wird. Die verschiedenen Bestimmungen in dem neuen Gesetz zur Gleichstellung beziehen sich unter anderem auf die Gebiete Beurlaubung, Besoldung, Besetzung der Pfarrstellen sowie auf die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Pfarrer.

Die Priester der Diözese Bilbao werden gemäß einer Anordnung des Apostolischen Administrators von Bilbao, Bischof Cirarda, in Zukunft nur noch für jeweils fünf Jahre zu Seelsorgern einer Gemeinde bestellt. Mit dieser Maßnahme soll erreicht werden, daß die Priester ihre pastorale Aufgabe angemessen erfüllen können, ohne daß es zu einer Stagnation in der Gemeinde kommt. Die Frist von fünf Jahren kann, falls erforderlich, sowohl verkürzt als auch verlängert werden.

Gegen „magische Elemente“, wie sie sich bisweilen bei Pilgern in Fatima zeigen, hat sich der Bischof von Porto, Antonio Ferreira Gomez, gewandt. Während einer Missionswoche, die sich mit der Zukunft der Kirche befaßte, verurteilte der Bischof vor allem die Versuche, durch Versprechungen und Gelübde mit Gott zu handeln. Die Kritik des Bischofs wurde in der portugiesischen Presse stark beachtet.

Nach der päpstlichen Ehrengarde und der Palatingarde wurde auf Wunsch des Papstes

auch die päpstliche Gendarmerie aufgelöst. An ihrer Stelle sorgen Männer in Zivil, die ein entsprechendes Abzeichen tragen, für Ruhe und Ordnung im Vatikan. Das einzige bewaffnete Corps des Vatikans bildet derzeit die rund 50 Mann zählende Schweizer Garde.

Berichte

Zur Humanisierung der Sexualität
Österreichische Pastoraltagung in Wien
vom 28. bis 30. 12. 1970

Die renommierte Veranstaltung des Österreichischen Pastoralinstitutes – zum ersten Mal nicht mehr als Weihnachts-Seelsorgetagung, sondern als Österreichische Pastoraltagung angekündigt – versammelte an die 500 interessierte Hörer, neben den Priestern und Ordensleuten auch andere im kirchlichen Dienst engagierte Männer und Frauen. Die Tagung war wieder mitteleuropäisch (Österreich, Deutschland, Schweiz, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Ungarn, CSSR) und stellte damit einen wertvollen Beitrag der österreichischen Kirche zur Verständigung verschiedener Ortskirchen und Völker dar.

Mit gutem Grund wurde das Thema Sexualität gewählt. Die Tagung bestätigte, was Helmut Erharter in der Einladung über die Wichtigkeit des Themas erklärte:

„Die Aktualität des Themas liegt auf der Hand: Scheinfreiheiten alter und neuer Tabus gegenüber der Sexualität und die Hilflosigkeit vieler Christen angesichts der ‚Sexwelle‘ werfen die Frage auf, wie Selbstverwirklichung in Freiheit heute möglich ist. Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, den Gesamtbereich von Sexualität, Ehe und Ehelosigkeit zu behandeln. Diese sollen aber doch so weit hinterfragt werden, daß ein besseres Verständnis dieser Wirklichkeit, ein kritisches Bewußtsein gegenüber den Formen der Unfreiheit und einiges an pastoraler Hilfe herauskommt.“

Das Programm war sehr gut durchdacht und

auf eine Art von Triptych strukturiert. Am ersten Tag wurde das Zentralthema „Humanisierte Sexualität“ behandelt, an zwei anderen wieder die beiden Zweigthemen „Partnerschaftliche Ehe“ und „Erfüllte Ehelosigkeit“. Die Adjektive wollten positive Orientierung angeben, nicht aber freies Fragen begrenzen.

Die Referenten des ersten Tages schufen durch ihre offene und zugleich respektvolle Art von Auseinandersetzung eine polare Spannung, die die ganze Tagung hindurch anspornend beeinflusste.

Der Psychologe Ernst Ell aus Karlsruhe äußerte in seinem Referat über die menschliche Sexualität den Standpunkt der empirischen Wissenschaften, die sich mit dem Menschen beschäftigen. Im Grund plädierte er für eine „Kopernikanische Wende“: Die christlichen Humanwissenschaften sollen die Sexualität in dem Sinne bejahen, daß dem Sexualtrieb auch ein eigener Sinngehalt, nicht nur Dienst an Liebe und Nachkommenchaft zuerkannt wird. Er stellte Fragen an Moraltheologen, wieweit man den Menschen in schwierigen Fällen helfen kann. Die ange-deuteten Lösungen gingen hinter die Grenze nicht nur der traditionellen Moral.

So konnte der Moraltheologe Johannes Gründel aus München nichts anderes als kritische Gegenfragen stellen. Er schickte eine kurze Übersicht der Methode der heutigen moraltheologischen Arbeit voraus. Aus der Offenbarung wie auch aus der Menschennatur, die jedoch als eine sich entwickelnde gesehen werden muß, werden eher Weisungen als gesetzesähnliche Normen abgeleitet. Dann zählte er einige für die Theologie der Geschlechtlichkeit wichtige Urdaten aus der Offenbarung auf, die in der Lehre über die Schöpfung, Erbsünde, Erlösung und das evangelische Menschenbild enthalten sind. Seine theologischen Aussagen über die Geschlechtlichkeit und Liebe in 10 Thesen konnten wegen Zeitmangels nur im Arbeitskreis behandelt werden.

Den zweiten Tag eröffnete der Familienpädagoge Dietmar Kuhn aus Wien mit dem Thema: „Ehe und Familie in ihren Entwicklungsphasen“. Offen für Wandlungen und neue Aspekte der „Einheit zu zweit“, kritisch